



Resolution der SP Waadt

Für die Lancierung einer eidgenössischen Volksinitiative. Für eine gerechtere, transparentere und demokratisch kontrollierte Krankenversicherung

Die Krankenkassenprämien 2010 schlagen im Durchschnitt aller Kantone um ca. 9% auf, was der stärksten Erhöhung seit 7 Jahren entspricht. Gewisse Kategorien von Versicherten sind stärker betroffen: Die Prämien für Jugendliche zwischen 19 und 25 Jahren steigen im Durchschnitt um über 13%. Während die Ausgaben für die Gesundheit durchschnittlich 15% des Haushaltsbudgets ausmachen und die Löhne nicht steigen, wird diese neue Erhöhung der Krankenkassenprämien einen wachsenden Teil der Bevölkerung in Schwierigkeiten bringen.

Kaum sind die Prämien erhöhungen für Anfang 2010 angekündigt, hoffen gewisse Kassen bereits auf den nächsten Aufschlag im Laufe des Jahres und möchten so die Versicherten schröpfen, die Ende dieses Jahres die Kasse wechseln. Diese Situation ist nicht länger haltbar. Die reichlichen Reserven in gewissen Kantonen, in denen die Prämien trotzdem aufschlagen, mangelnde Transparenz bei der Verwaltung der Kassen, die relativ ungenauen Grenzen zwischen Grund- und Zusatzversicherungen, die Abkoppelung der Erhöhung der Prämien von der Kostensteigerung im Gesundheitswesen im betreffenden Kanton, das Laissez-faire des Bundesamts für Gesundheit sowie die Jagd auf gute Risiken sind alles Probleme, die das heutige System der Krankenversicherung nicht lösen kann.

Die wiederholten Erhöhungen der Krankenkassenprämien bedrohen in gefährlicher Weise die Lage der Versicherten in bescheidenen Verhältnissen und die Familien. Das heutige System der Krankenversicherung ist am Ende und muss im Interesse der Mehrheit der von uns vertretenen Bevölkerung revidiert werden.

Deshalb verlangen wir bis Mitte 2010 die Lancierung einer Volksinitiative für eine transparente und demokratisch kontrollierte Krankenversicherung mit:

- einem echten Risikoausgleich zwischen den Kassen oder einem Zusammenschluss der Versicherten in einer einzigen Kasse pro Kanton,
- einer transparenten Verwaltung der sozialen Krankenversicherung,
- einer demokratischen Kontrolle des Krankenversicherungssystems, namentlich durch die Kantone, welche die Gesundheitspolitik umsetzen.

Beschluss Parteitag: Angenommen im Sinne des Gegenvorschlages der GL.